

HUGO J. HAHN

## Geld und Währung – Elemente europäischer und universeller Ordnung –

Wer sich anschickt, Elemente europäischer und universeller Währungsordnung zu vergegenwärtigen und zu erläutern, mag sich dem Einwand gegenübersehen, die Überschrift bejahe von vornherein die Bestandskraft der heutigen Gestalt grenzüberschreitender monetärer Zusammenarbeit jedenfalls auf unserem Kontinent und weltweit. In der Tat beeindruckt Bewegung, ja nicht selten einschneidender Wandel als maßgebliche Züge zwischenstaatlichen Geldwesens, aber auch seiner Formung durch die Staatenverbande, wie gerade die Europäischen Gemeinschaften (EG) einerseits, den Internationalen Währungsfonds (IWF) andererseits. Doch dürfte der Begriff der „Ordnung“ im Zusammenhang mit Währungsfragen solchen Wechsel nicht ausschließen, weil die im umfassenden Sinne dienende Funktion des Geldes den Verantwortlichen die stete Pflicht auferlegt, die Sachangemessenheit der Verwendung dieses allgemeinen Tauschmittels zu beobachten und ggf. zu verbessern sowie Mißbräuchen zu steuern. Das gilt für seine konkreten Aufgaben als (womöglich) nichtablehnbares Zahlungsmittel, Werttrager und, wie soeben erwähnt, als Tauschmittel, desgleichen jedoch für seinen Gebrauch als abstrakter Wertmesser und Vergleichsmaßstab kaufkraftbezogener Beschaffenheit.

So erklären sich Zustandekommen und heutiges Gewicht des Wahrungskorbes, gleichviel ob in Gestalt des Sonderziehungsrechts (SZR) des IWF oder der Europäischen Währungseinheit (ECU) im Europäischen Währungssystem. Der Wert des Korbinhalts hat sich als Maßstab von Geldbetragsschulden durchgesetzt, gerade in der Kreditwirtschaft. Sie verwendet, obwohl aus vielen Gründen von Vorsicht geprägt, diese Meßgrößen staatenverbandlichen Ursprungs als Richtmae *und* zur Schuldentilgung. Der Vorgang erweist sich zwar auch als Ergebnis des Zusammenbruchs des Weltwahrungswesens in der Gestalt des Textes von Bretton Woods, also der Fixkurse, die auf die Goldparitat des Dollars von 1944 begründet waren. Aber das Scheitern der welthandelsfreundlichen IWF-Satzung ursprünglicher Beschaffenheit erscheint zugleich als zwingende Folge mangelnder binnenwirtschaftlicher Disziplin. Sie ließ letzten Endes nur noch die Wahl zwischen der Opferung der mehr oder weniger weltweiten Liberalisierung des Warenhandels und der Dienstleistungen, in geringerem Maße auch des Kapitalverkehrs mittels Neueinführung der Devisenbewirtschaftung einerseits oder andererseits der Wechselkursfreigabe. Daß dieses „floating“ freilich gar nicht oft genug mit dem Begriff der Bindungsarmut qualifiziert werden kann, sei hier lediglich als Ankündigung ausgesprochen, der der Einzelbeleg später folgen wird.

Der Vorgriff auf die besonders dramatische monetäre Entwicklung vom 15. August 1971 bis zur weltweiten Legalisierung der Wechselkursfreigabe dank des Inkrafttretens der zweiten Novelle zur IWF-Satzung am 1. 4. 1978 sollte nämlich lediglich beispielhaft verdeutlichen, wie aus „Wildwuchs“ oder „Währungsanarchie“ ein juristisch anerkanntes Gefüge werden mag, weil wirtschaftlicher Sachzwang das gebietet. Vergleichbare Zusammenhänge haben das währungspolitische und währungsrechtliche Gesicht Westeuropas seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gestaltet. Sie waren ebenso maßgeblich für die Entwicklung des IWF zu seiner heutigen weltweiten Bedeutung. Ihnen geht das Referat vorab nach. Daß gerade die westeuropäische Nachkriegsentwicklung für die grenzüberschreitende monetäre Zusammenarbeit der osteuropäischen Staaten mit Partnern innerhalb und außerhalb des vormaligen sozialistischen Blocks wertvolles Anschauungsmaterial bietet, steht außer Zweifel. Aber nicht, oder jedenfalls nicht nur deshalb folgt vorab die Darstellung des europäischen Währungsgeschehens vom Marshall-Plan bis zur Konvertibilität der westeuropäischen Währungen. Der eigentliche Grund liegt in dem Zurücktreten der Satzung des IWF in der währungsvölkerrechtlichen Praxis Europas zwischen 1946 und 1958, reichte doch die wirtschaftliche, insbesondere die währungspolitische Leistungsfähigkeit der Empfänger von Marshall-Plan-Hilfe nicht aus, um den sehr viel anspruchsvolleren Liberalisierungserfordernissen des Rechts der Organisation von Bretton Woods zu genügen. Die Vorbehalts- und Schutzklauseln, die solche Ausklammerung bis gegen Ende der fünfziger Jahre gestatteten, waren von den Erfahrungen der Schöpfer der IWF-Satzung in der Zwischenkriegszeit und ihrer weltweiten Wirtschaftskrisen von 1929 bis 1939 geprägt.

## **I. Vom Marshall-Plan zur Konvertibilität der westeuropäischen Währungen**

Vor der Rückschau auf die währungspolitische Gesundheit der Mitgliedsstaaten der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit, der OEEC, bleibt jedoch mit einem Mißverständnis aufzuräumen, das trotz der verdienstvollen und breiten literarischen Bearbeitung dieser Organisation, trotz ihrer bis heute wirksamen Ergebnisse beim Verteilen der Marshall-Plan-Hilfe mehr oder weniger häufig laut wird. Es handelt sich um die Vorstellung, die westeuropäische Wirtschafts- und Währungsentwicklung von 1946 bis 1958 bilde einen nicht wiederholbaren historischen Ablauf, dessen geschichtliche Verdienste unbestreitbar seien, dessen Heranziehen als Vorbild für gegenwärtige und künftige Regelungen jedoch nicht in Betracht komme. Aus Gründen, die hier nicht zu vertreten sind, greift der Einwand gegen das Verwenden der wirtschaftspolitischen Problemlösungen der OEEC insgesamt nicht zu, wie gerade osteuropäische Kommentatoren nicht erst seit 1989 immer wieder betonen. Die währungspolitischen und währungsrechtlichen Modelle, die die OEEC bei der Sanierung des Geldwesens ihrer Mitgliedsstaaten entwickelte, erweisen sich erst recht geradezu unbestreitbar als Maßstäbe aktuellen wirtschaftlichen, wirtschaftspolitischen und daher rechtspolitischen Bemühens in zahlreichen Teilen der Welt, gerade in den vormalig sozialistischen Ländern, sodann in den Entwicklungsstaaten.

## **1. Die Europäische Zahlungsunion (EZU) als bleibendes Vorbild multilateraler Zahlungs- und Verrechnungsabkommen**

Die EZU bildet nämlich noch heute das maßgebliche Vorbild für regionale Zahlungs- und Verrechnungssysteme mittels Clearing-Regelungen bei Nichtkonvertibilitat der eigenen Währung und Mangel an sonstigen konvertiblen Währungen, deren Verwendung der gebundene Zahlungsverkehr im Zeichen der Devisenbewirtschaftung in den beteiligten Wahrungsgebieten vermeiden soll. Kurzum: Anhand der Berichterstattung des IWF sowie anderer internationaler Finanzinstitutionen wie der wissenschaftlichen Auswertung dieser Daten last sich für die neunziger Jahre unseres Jahrhunderts bestätigen, daß die EZU über ihren historischen Erfolg hinaus bis heute in Osteuropa, in Afrika, in Lateinamerika und in Asien als Richtmaß bilateraler und staatenverbandlicher Zahlungs- und Verrechnungsregelungen weiterwirkt und den dortigen Nationalwirtschaften beim Sanieren ihrer Währung nutzt.

## **2. Aufgaben der EZU und Zuständigkeiten ihrer Träger**

Das Abkommen über die Gründung der EZU vom 19. 9. 1950 zielte auf die multilaterale Ordnung des gebundenen Zahlungsverkehrs, also der binnenwirtschaftlichen und völkerrechtlichen Devisenzwangswirtschaft ab, die seit 1945 in Europa entstanden war. In sämtlichen der Wahrungsgebiete, die sich später in der OEEC zusammenschlossen, standen jeweils der Gesamtheit der fälligen Devisenschulden keine entsprechend hohen Beträge ausländischer Zahlungsmittel oder fällige Forderungen auf solche Zahlungsmittel gegenüber. Als rechtliche Abwehrmaßnahme des betroffenen Staates kommt die Verringerung des Devisenbedarfs in Betracht, um ihn mit dem jeweiligen Devisenbestand in Einklang zu bringen und zu halten. Daneben, alternativ, meist aber kumulativ mag sich die öffentliche Gewalt zur Abwertung der inländischen Währung entschließen, um durch Verschlechterung ihres Wechselkurses den Umfang des Erwerbs fremder Währungen einzuschränken sowie die Wettbewerbsfähigkeit von Waren und Dienstleistungen inländischen Ursprungs auf fremden Märkten und damit den außenwirtschaftlichen Devisenertrag insgesamt auf Kosten ausländischer Anbieter zu steigern. Die hier beispielhaft skizzierten autonomen Eingriffe einzelner Staaten, in Deutschland der Militarregierungen, waren wohl durchaus darauf angelegt, mit den wirtschaftlichen Einbußen des Krieges und seiner Folgen fertig zu werden. Aber in Verbindung mit diesen hatten sie den innereuropäischen Zahlungsverkehr nach 1945 in den krankhaften Zustand gebracht, zu dessen Milderung und Beseitigung ihre Gründer die OEEC ins Leben riefen, nämlich zur Wiederbelebung des Handelsverkehrs unter den Mitgliedern und im Verhältnis zum Dollarraum.

## **3. Die EZU als multilaterales Clearing-Abkommen**

Die währungspolitisch erste Nachkriegsphase von 1945–1947 war durch bilaterale Regelungen gekennzeichnet, die entweder dem Typ des Clearing-Abkommens mit

Zahlungszwang der Schuldner an die zentrale Verrechnungsstelle eines jeden der beiden Vertragsstaaten und Schuldenausgleich durch die behördlichen Instanzen angehört oder der privatrechtsfreundlicheren Erscheinungsform der Zahlungsabkommen, die die Erfüllung durch den schuldrechtlich Zahlungsverpflichteten nach Maßgabe des staatlichen Devisenrechts zuließen. Da jeder Staat mit jedem seiner zahlreichen Handelspartner angesichts der Nichtaustauschbarkeit der europäischen Währungen stets im Zahlungsbilanzgleichgewicht sein mußte, engte sich das Volumen des Warenflusses und des Dienstleistungsverkehrs trotz der Vielzahl zweiseitiger Regelungen mehr und mehr ein.

Das Gebot des Zahlungsgleichgewichts zwischen den Partnern jedes bilateralen Abkommens verliert indessen seine Unbedingtheit, wenn mehrere Staaten vereinbaren, daß das Gleichgewicht nicht mehr bilateral, sondern im Rahmen ihres Zusammenschlusses in Gestalt eines multilateralen Abrechnungs- und Verrechnungssystems gefunden werden soll. Ist ein solches Unternehmen auf Dauer angelegt, so kann während eines längeren Zeitraums in regelmäßigen, meist monatlichen Abständen die kumulative Saldierung der Abrechnungsergebnisse im Verhältnis eines jeden beteiligten Währungsgebietes zu den anderen erfolgen und überdies die dabei ermittelte einheitliche Forderung oder Schuld jedes Beteiligten gegenüber einem gemeinschaftlichen Vermögensträger kraft Novation an die Stelle seiner verschiedenen bilateralen Ansprüche und Verpflichtungen treten. Der Zwang zur Wahrung eines ständigen bilateralen Zahlungsbilanzgleichgewichts ist damit gebrochen, die rechtliche Diskriminierung zwischen harten und weichen Währungen innerhalb des multilateralen Zusammenschlusses während seines Bestehens beseitigt.

Damit sind wesentliche Charakterzüge des EZU-Abkommens berührt, das den Endpunkt auch der zweiten Phase des innereuropäischen Zahlungsverkehrs der Nachkriegszeit, nämlich der drei multilateralen Vorläufer des EZU-Vertrages unter Beteiligung der westlichen Besatzungszonen in Deutschland, bezeichnet. Außer ihrer Clearing-Funktion besaß die EZU einen Kreditmechanismus zum Ausgleich der Forderungen und Schulden der Mitglieder aus der monatlichen Saldierung und Novation der bilateralen Abrechnungsposten. Infolge der kumulativen Verrechnung von Guthaben, der Stundung von Schulden sowie der automatischen Devisenkreditgewährung an zahlungsbilanzschwache Teilnehmer im Rahmen ihrer Quoten entwickelte sich die dem US-Dollar wertgleiche EZU-Zahlungseinheit zu einem einheitlichen Richtmaß des intraeuropäischen Forderungsausgleichs, die man gar gelegentlich, wenn auch wohl zu Unrecht, als „Buchwährung“ ansprach. In ihr wurde neben dem Zahlungsverkehr der OEEC-Mitglieder zugleich ihr gesamter Zahlungsverkehr mit ihren Kolonien und sonstigen Teilen des Franc- und Sterlinggebiets abgerechnet. All dies wäre ohne die erheblichen finanziellen Leistungen der Vereinigten Staaten unmöglich gewesen, die die Devisenkreditgewährung an zahlungsbilanzschwache Teilnehmer erst ermöglichten. Mit der Einführung der Vollaustauschbarkeit ihrer Währungen durch die Regierungen der Benelux-Länder, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens am 27. 12. 1958 erreichte die Entwicklung ihren Höhepunkt, die die Stellung der europäischen Währungen insgesamt im IWF soweit stärkte, daß sich die Emissionsstaaten allen Verpflichtungen des Artikels VIII der IWF-Satzung uneingeschränkt un-

terwerfen konnten und heute drei von ihnen – das britische Pfund, die D-Mark, der französische Franken – das Prädikat der frei verwendbaren Währung i.S.d. Artikels XXX f. der IWF-Satzung tragen dürfen.

## II. Vom Fixkurssystem von Bretton Woods zur Wechselkursfreigabe („Floating“)

Bestandsaufnahme und Wertung der EZU führen in die Anfangszeit der beiden jüngeren Europäischen Gemeinschaften, deren Gründungsverträge mit dem 1. 1. 1958 in Kraft traten. Als die Verhandlungen über ihre Texte 1956/1957 stattfanden, ließ sich absehen, daß das Reifen der Währungen der künftigen EG-Mitglieder zur Konvertibilität bevorstand, diese also in absehbarer Zeit wieder über eine nationale Valuta verfügen würden, die sich den vom Krieg unberührten Hartwahrungen zunehmend als ebenburzig an die Seite stellen lassen würde. Aber nicht die darin begründete Eignung der sechs einschlägigen kontinental-europäischen Währungen – als solche darf sich das Geld des Großherzogtums Luxemburg durchaus verstehen – zur allmahllichen Übernahme der IWF-Liberalisierungsverpflichtungen bestimmte Form und Inhalt der eher kargen Bezugnahme der beiden jüngeren EG-Gründungsverträge auf Geld und Währung. Als maßgeblich dafür erwies sich vielmehr die Überzeugung der Vertragspartner, daß sie sich über die mannigfachen Obliegenheiten des seinerzeit so erfolgstrachtigen Fixkurssystems von Bretton Woods hinaus nicht weiter binden wollten, empfand doch gerade das Frankreich de Gaulles als kontinentale Vormacht die Schranken der nationalen Wahrungshoheit durch Satzung und Sekundärrecht des IWF als hinreichende, gelegentlich gar unverhältnismäßige Disziplinierung seines Dranges, nationale Souveranitaten zu erweitern. Wenn sich das währungspolitische Interesse der EG inzwischen ausdehnt und vertieft, die Bereitschaft einer klaren Mehrheit der Mitgliedsstaaten zur Übertragung einschlägiger Kompetenzen auf europäische Institutionen durchgesetzt hat, so bildet das gerade eine Folge der Entwicklung des IWF, die nach dem Inkrafttreten der beiden jüngeren Gemeinschaftsverträge das Schicksal der weltweiten Organisation bestimmte. Erst die Wende zur Wechselkursfreigabe zwischen 1971 und 1978 schuf Voraussetzungen für das Zugestehen monetärer Zuständigkeiten an die EG, so die verschiedenen Formen des Wechselkursverbundes in der EG vor 1979, sodann seitdem das Europäische Währungssystem (EWS), schließlich ab Dezember 1990 die Regierungskonferenz für die Wirtschafts- und Wahrungunion. Insgesamt ebnete sich damit der Weg der EG von der währungspolitischen Zusammenarbeit zur monetären Integration. Sollen also die Gründe, nicht zuletzt die juristischen, für das Zusammenwachsen der Mitgliedsstaaten der EG in währungspolitischer Hinsicht zu Tage treten, so bedarf es vorab der Erläuterung der Geschehnisse im IWF, die für den Gesinnungswandel der Regierungen und der Organe der EG zwischen 1958 und 1979 einerseits, sowie seit 1980 bis heute andererseits maßgeblich waren.

## **1. Der Wegfall der Konvertibilität des Dollars in Gold und andere Reservemedien**

Zwar läßt sich die Suspensierung der Konvertibilität des Dollars in Gold oder andere Reservemedien durch den amerikanischen Präsidenten Nixon am 15. 8. 1971 durchaus als Zeitpunkt des Beginns des Zusammenbruchs ansehen, den das Fixkurssystem von Bretton Woods von diesem Tage an bis zu seiner tatsächlichen Beseitigung im Jahre 1973 sowie seiner juristischen Aufhebung 1978 erlitt. Aber die dauerhafte Neigung der EG-Mitglieder, ihren Zusammenschluß zunehmend als Währungsverbund mit innergemeinschaftlichen Festparitäten zu entwickeln, erklärt sich ebenso aus dem Festschreiben rechtlicher Grundlagen der Wechselkursfreigabe in der IWF-Satzung mittels deren zweiter Reform wie der Erfahrung mit der anschließenden weltweiten Praxis von bislang anderthalb Jahrzehnten Dauer.

Um die Schärfe und Nachhaltigkeit kontinentaleuropäischer Stellungnahmen zu der Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika am 15. 8. 1971 recht zu würdigen, bedarf es freilich noch immer des Blicks auf die Rechtsgrundlage der Regelmäßigkeit, die die USA zuvor ausnahmslos beachtet hatten. Sie bestand in der Pflicht der amerikanischen Währungsbehörden zur Einlösung der Dollarguthaben ausländischer Notenbanken und Devisensammelstellen in Gold oder andere Reservemedien. Diese sogenannte Gold-Dollar-Konvertibilität beruhte vorab auf der Festlegung im amerikanischen Bundesgesetz vom 1. 4. 1934 zur Stützung des Dollars auf seiner neu festgesetzten Parität, welche die freie Austauschbarkeit von Dollar in Gold und umgekehrt begründeten. Es blieb im einzelnen umstritten, ob die Konversionsverpflichtung der USA allein in einem einseitigen Hoheitsakt oder einem einseitigen völkerrechtlichen Versprechen, möglicherweise unter stillschweigendem Widerrufsvorbehalt, ihre Grundlage hatte, oder ob die Gold-Dollar-Konvertibilität durch das amerikanische Vollzugsgesetz zum IWF-Abkommen eine völkervertragliche Verankerung erfuhr. Immerhin sprechen nachhaltige Gründe dafür, daß die USA eine völkerrechtliche Verpflichtung traf, die Gold-Dollar-Konvertibilität in dem eben beschriebenen Sinne zu achten. Die einseitige Aufhebung der Goldkonvertibilität des Dollars führte dank des Ausbleibens amerikanischen Devisenmarktinterventionen zwecks Stützung ihres Geldes zu dessen freiem Schwanken, allerdings ohne daß die amerikanischen Währungsbehörden eine Wechselkursfreigabe angekündigt hatten.

## **2. Die tatsächliche und juristische Entleerung der Währungsparität als Maßstab des Geldwertes**

Ausweislich des Smithsonian Agreement vom 18. 12. 1971 kam es noch vor Neujahr 1972 zu einer Dollar-Abwertung von 7,89% gegenüber dem Gold in Verbindung mit einer Bandbreitenerweiterung der Wechselkurse zuzüglich einer Schwankungsmarge von bis zu 9%. Daß die Vorgänge sowie die allgemeine Wechselkursfreigabe durch eine Entschließung der Zehnergruppe und ihre Billigung innerhalb bestimmter Grenzen durch den Beschluß der IWF-Exekutivdirektoren vom 13. 6. 1974 den einschlägigen Artikeln IV und VIII der seinerzeitigen IWF-Satzung widersprachen, läßt sich nicht als

sekundärrechtliche Fortschreibung der Satzung mittels Interpretation durch die IWF-Organe beiseite schieben. Zwar steht desgleichen fest, daß mit dem Inkrafttreten der zweiten Reform der IWF-Satzung der Zusammenbruch des Wechselkursystems von Bretton Woods seine Legalisierung erfahren hat. ber die juristische Beurteilung des Geschehens zwischen dem 15. 8. 1971 und dem Inkrafttreten der Zweiten Reform der IWF-Satzung am 1. 4. 1978 hat sich jedoch trotz Zeitablaufs eine einhellige Meinung nicht bilden können. Daß dadurch das Vertrauen auf die Verbindlichkeit wahrungsvlkerrechtlicher Regelungen gelitten hat, versteht sich. Nicht weniger nachhaltig im gleichen Sinne wirkt die Bindungsarmut der Wechselkursregelungen, die die novellierte IWF-Satzung den Organen des IWF zwecks Gewährleistung des Wohlverhaltens ihrer äußeren Währungspolitik anheim gibt. Zwar beeindruckt das nunmehrige Wechselkursregime durch die raumgreifende Sprache seiner Formulierungen und den scheinbar zustandigkeitsverleihenden Inhalt der maßgeblichen Begriffe, an ihrer Spitze die Zuständigkeit zur Überwachung der Wechselkursregelungen der IWF-Staaten und ihres Vollzuges. Die Schwäche des heutigen positiven Rechts erweist sich bei der Bestimmung der Obliegenheiten der Mitglieder und anhand der Anschauung der Serie von einschneidenden Wechselkursbewegungen mit ihren vielfach ebenso einschneidenden volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Folgen. Die heute verbindlichen Texte des IWF legen die Währungsbehörden nicht mehr auf die Pflicht zum Erzielen und Erhalten bestimmter bezifferter Wechselkurse oder Wechselkursmargen fest wie etwa heute wieder die einschlägigen Vorschriften im Rahmen des EWS und vormals im Parittsschema von Bretton Woods. Vielmehr erinnern sie die Mitgliedsstaaten lediglich an verschiedene Verhaltenspflichten. Deren Inhalt konkretisieren sie nicht, so daß sie sich nicht wie die Satzung von Bretton Woods sowie die nunmehrige EWS-Regelung als zahlenmäßig verbindliche Handlungsmastabe verstehen lassen.

Ferner unterliegen die Zuständigkeiten des IWF zur Überwachung und Aufsicht dem Vorbehalt, daß sie die „innerstaatliche sozial- und allgemeinpolitische Ausrichtung der Mitgliedsstaaten“ beachten müssen und die Eigentümlichkeiten der wechselkurspolitischen „Situation der Mitglieder gebührend zu berücksichtigen“ haben. Kurzum: Es steht zu erwägen, ob die Unbestimmtheit der Obliegenheiten der Mitglieder die Kontrollbefugnisse des IWF so sehr in Frage stellt, daß man sie als juristisch unzureichend bewehrten Anspruch, ja als rechtlich unvollziehbare Verheißung verstehen mag. Gewiß laßt sich noch immer damit rechnen, daß der Fonds wie bei seinen Beistandsaktionen bislang stets die gesteigerte Abhängigkeit der Empfänger von Hartdevisenhilfen dazu verwenden wird, um deren Wechselkurspolitik in eine zusammenarbeitsfreundlichere Richtung mit relativ geringeren Kursausschlagen als zuvor zu steuern. Außerhalb solcher Einflusmglichkeiten jedoch bleibt Skepsis berechtigt, ja angebracht. Nicht eine leider unterbleibende Steigerung der rechtlichen Wirkungstiefe der Wechselkursaufsicht des IWF, sondern die Bindungsarmut der neuen Wechselkursregelungen erweist sich als maßgebliches juristisches und wahrungspolitisches Bestimmungselement der Verpflichtungen der Mitglieder wie der einschlägigen Befugnisse des Fonds. Die nicht zuletzt dadurch erklärbare Beweglichkeit der Wechselkurse und ihrer Auswirkungen im wirtschaftlichen Alltag hat das Bestreben der EWG ausgelöst, ein höheres Maß an

Währungsstabilität in der Gemeinschaft herbeizuführen. Bezeichnend für den Zusammenhang erscheint, daß es zur endgültigen Aufgabe des Weltwährungssystems mit festen Paritäten erst durch den Entschluß der Mehrzahl der EG-Mitglieder sowie einiger anderer europäischer Staaten kam, ihre Währungen gemeinsam gegenüber dem Dollar vom 19. 3. 1973 an floaten zu lassen, gleichzeitig untereinander aber stabile Wechselkurse aufrechtzuerhalten, also das zu betreiben, was inzwischen den Namen „Blockfloating“ trägt.

Zusammenfassend läßt sich also festhalten, daß das Inkrafttreten der zweiten Reform der Satzung des internationalen Währungsfonds am 1. 4. 1978 die Wechselkursfreigabe legalisiert, Aufwertung und Abwertung als juristische Eingriffsmittel des Währungswesens jedoch nicht beseitigt. Der Außenwert der Währungen der Mitgliedsstaaten des EWS bestimmt sich gleichzeitig anhand von Aufwertung und Abwertung, nämlich im Innern dieses Systems, wie nach der IWF-Satzung statthaft, und durch „Floating“ im Verhältnis zu anderen Währungen.

### 3. Wechselkursfreigabe als Gegenstand der Aufsicht durch den IWF

Wechselkursfreigabe besteht in dem Verzicht eines Staates oder der Mitglieder eines Staatenverbandes auf die Einhaltung fester Wechselkurse. Das geschieht dadurch, daß beim Erreichen der Interventionspunkte die Notenbanken nicht mehr intervenieren, sondern die Kursentwicklung der Währungsdevisen dem mehr oder weniger „freien“ Spiel von Angebot und Nachfrage überlassen bleibt. Solches „Floating“ erweist sich sonach als grundsätzlich staatsfreie Spielart der Wertermittlung von Währungen im grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr. Es verwischt sich, wenn Währungsbehörden trotz Wechselkursfreigabe am Devisenmarkt zwecks Kursmanipulation eingreifen, also Kursfixierung betreiben oder erzielen, wie das gerade bei dem vom IWF so bezeichneten „schmutzigen Floaten“ geschieht. Gewiß steht das Bemühen des IWF um ausgeglichene Wechselkurse im tatsächlichen Sinne als weltweites Richtmaß außer Zweifel.

Aber am Ende dieser Skizze des positiven Rechts und der Praxis im Fonds und in seinen Mitgliedsstaaten bestätigt sich die Einsicht, die als Fragestellung den Auftakt bildete: Weder die laufende Überwachung durch den IWF, noch deren nähere Überprüfung wegen Vorliegens bestimmter Verdachtsindikatoren, noch schließlich das Hochstufen der jährlichen Länderprüfungen zu gegebenenfalls häufigeren Konsultationen mit den betroffenen Mitgliedsländern haben grundsätzlich mehr bewirkt als Verbesserungen im Detail. Insgesamt blieb die Auswirkung der Aufsicht des IWF auf das wechselkurspolitische Verhalten der einzelnen Mitgliedsländer hinter den Erwartungen zurück. Angesichts solcher Bestandsaufnahme verdient Beachtung, daß ein Hauptziel der IWF-Satzung von 1944 zu überdauern vermochte, nämlich die allgemeine Konvertibilität, die den freien Verkehr laufender internationaler Zahlungen sicherstellt. In den währungspolitischen Wirrnissen zwischen 1971 und 1978 handelten alle Beteiligten in dem Bewußtsein, einer währungs- und wirtschaftspolitischen Notwendigkeit zu entsprechen, deren Nichtberücksichtigung zum Untergang der weltweiten Umtauschbar-



keit des Geldes führen müsse, zur Einstellung des freien grenzüberschreitenden Handels-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs. Das flexiblere Wechselkurssystem hat es seit 1973 der Weltwirtschaft offenbar ermöglicht, eine Reihe von aufeinanderfolgenden Störungen zu überwinden und das mit weniger ungünstigen Auswirkungen auf Handels- und Zahlungsverkehr, als es in einem Paritatensystem möglich gewesen wäre. Das mag, bei allen Vorbehalten gegen juristische Zweifelhaftigkeiten, mit dem Ergebnis der zweiten IWF-Satzungsreform versöhnen.

### III. Auf dem Weg zur Europäischen Wahrungunion

Die währungspolitischen Regelungen in der EG, gerade seit dem Entstehen des EWS, sind vor dem Hintergrund dieser Entwicklung des IWF-Statuts zu würdigen. Das legt es nahe, vorab den Hinweis auf die Enthaltbarkeit des EG-Vertrages ursprünglicher Fassung beim Formulieren monetärer Verhaltenspflichten zu bekräftigen.

#### 1. Grund und Ausmaß der währungspolitischen Kargheit des EWG-Vertrages ursprünglicher Fassung

Das Fehlen einschlägiger Vorschriften auf die erfolgreiche Tätigkeit des IWF und seines Fixkurssystems zurückzuführen, fällt nach dem vorausgegangenen nicht schwer. Diesem System gehörten sämtliche EG-Staaten an, also auch Frankreich, das seit der Rückkehr de Gaulles als Oberhaupt die währungs- und wirtschaftspolitischen Regeln des IWF-Statuts ursprünglicher Fassung nahezu als Joch betrachtete, gerade seine Bindung an den amerikanischen Dollar. Auf keinen Fall wären sie bereit gewesen, ihre Wahrungshoheit, ihren wirtschaftspolitischen Spielraum insgesamt noch weiter zugunsten des Systems von Bretton Woods einzuschränken, als das bereits durch die IWF-Satzung geschehen war.

Im einzelnen bedeutet das, daß die einschlägigen Artikel 6 und 103, vor allem aber die Artikel 104 ff. nur rudimentäre Regeln für die Tätigkeit der Gemeinschaft auf dem Gebiet des Wahrungswesens enthalten. Das gilt in der Praxis selbst für die Bestimmungen, die wie Artikel 103 nach Ansicht des Schrifttums dem EG-Rat unbestritten Befugnis zu kreditpolitischen Maßnahmen bis hin zur Änderung der Zinsen der Zentralbanken gäben, aber in solchem Sinne bislang keine Anwendung fanden. Als weitere Belegstelle sei der nach seinem Text raumgreifende Artikel 107 EWGV angeführt, als dessen Kern sich lediglich eine Pflicht zu umfassenden Konsultationen bei beabsichtigten Wechselkursänderungen herauschalt, die den Mitgliedsstaaten ihre Zuständigkeiten in Wahrungsangelegenheiten im wesentlichen beließ. Diese Situation änderte sich gegen Ende der sechziger Jahre, als der Gründungsvertrag seine Ziele mit dem Übergang zur Zollunion zumindest teilweise erreicht hatte und die Suche nach Ansatzpunkten für eine Weiterentwicklung der europäischen Integration begann.

## 2. Ansätze einer europäischen Währungsunion seit 1961

Mit der Ausrichtung auf die Wirtschafts- und Währungsunion meinte man einen solchen Ansatzpunkt gefunden zu haben. Ferner bot der Zusammenbruch des Weltwährungssystems und seiner Fixkursregelung genügend wirtschaftliche Anreize, eine gemeinschaftliche Währungspolitik aufzubauen. Die Regierungskonferenz für die Wirtschafts- und Währungsunion betrieb seit Dezember 1990 den vierten Versuch, einen solchen Zusammenschluß zu erreichen. Der erste Anlauf bildete 1961 Teil des Aktionsprogramms der EG-Kommission für die zweite Stufe der Zollunion. Der zweite Versuch begann auf der Gipfelkonferenz von Den Haag im Dezember 1969 und führte zum Werner-Plan sowie zum Entstehen des Europäischen Wechselkursverbundes, der „Schlange“, durch die Verpflichtung, bestimmte Wechselkursmargen einzuhalten. Der dritte Versuch leitete das EWS ein, das am 13. 3. 1979 in Kraft trat und den Europäischen Wechselkursverbund ablöste.

Aus der Sicht des weltumspannenden Währungsvölkerrechts der IWF-Satzung handelt es sich dabei um ein nach Artikel IV Abschnitt 2b (ii) neuer Fassung statthaftes regionales Fixkurssystem, das sich gerade durch seine festen Leitkurse im Verhältnis der ihm angehörenden Währungsgebiete von dem Grundsatz der Wechselkursfreigabe abhebt. Zwar blieb die rechtliche Verbindlichkeit des EWS nicht zuletzt dank der Fülle einschlägiger Texte unterschiedlichen Regelungscharakters, die von einem Grundsatzbeschuß des Europäischen Rates über das Abkommen zwischen den Zentralbanken der Mitgliedsstaaten bis zu Verordnungen des EG-Rates reicht, zunächst bestritten. So stellte insbesondere der französische Conseil Constitutionnel am 29. 12. 1978 fest, die Entschließung des Europäischen Rates über die Errichtung des EWS sei lediglich eine Erklärung politischen Inhalts, kein völkerrechtlicher Vertrag, da sie keine rechtlichen Wirkungen erzeuge und damit nach französischem Verfassungsrecht keiner Ratifikation bedürfe. Aber dank der Einheitlichen Europäischen Akte, in Kraft seit 1. 7. 1987, und des Artikels 102a EWGV, den sie als eigenes Kapitel über „Die Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Währungspolitik (Wirtschafts- und Währungsunion)“ einfügte, empfing die derzeitige monetäre Zusammenarbeit in der Gemeinschaft durch diese Vorschrift eine unstrittige juristische Grundlegung, deren gegenwärtige Zuständigkeiten darin überdies ausdrücklich Bestätigung fanden.

Eine vertiefte Darstellung der Funktionsweise des EWS wäre hier wohl nicht am Platze. Seine drei einander ergänzenden Bestandteile, nämlich die Europäische Währungseinheit ECU, der Wechselkursmechanismus und die Kreditmechanismen, gehören inzwischen in Europa zum währungspolitischen und währungsrechtlichen Alltag. Mag das EWS, das seine Gründer beim Inkrafttreten am 13. 3. 1979 innerhalb von zwei Jahren in ein endgültiges Währungssystem mit einem Europäischen Währungsfonds umwandeln wollten, institutionell unvollständig geblieben sein, mag die wirtschaftliche Konvergenz gerade der Teilnehmer am Wechselkursmechanismus, also der aktiven Glieder des Systems, Wünsche offen lassen, so haben doch die Mitgliedsstaaten durchaus eine Politik der Geldwertstabilität verfolgt. Seit 1987 unterblieben die vorher fast jährlichen Leitkursanpassungen, weil die stabilste Währung im System, die D-Mark,

Verhaltensrichtma für sämtliche Währungen bildete, so daß Leitkursanderungen sich vermeiden ließen. Eine weitere wesentliche Voraussetzung für die wirtschafts- und währungspolitische Integration bildete das Inkrafttreten der Kapitalverkehrsfreiheit in der EG am 1. 7. 1990, mag die EG-Richtlinie dazu auch für Spanien, Portugal, Griechenland und Irland bis zum 31. 12. 1992 übergangsweise Freistellungen vorsehen. Der inhaltlich und verfahrensmäßig gewichtigste Schritt vollzog sich freilich mit dem Eröffnen der beiden Regierungskonferenzen über die politische Union einerseits, die Wirtschafts- und Wahrungunion am 14. 12. 1990 andererseits, nachdem am 1. 7. 1990 die erste Stufe auf dem Wege zu dieser monetären Union i. S. d. Delors-Berichts begonnen hatte.

### **3. Die Einigung des Europäischen Rates in Maastricht (9./10. 12. 1991) über den Entwurf eines Vertrages für die Europäische Wirtschafts- und Wahrungunion**

Seit der Jahreswende 1990/91 hatte sich die Verhandlungslage dadurch vereinfacht, daß an die Stelle einer Vielzahl von Einzelvorschlagen über die Gestalt eines europäischen Zentralbanksystems und die dazu erforderlichen Änderungen des EWGV im wesentlichen *ein* Entwurf trat, nämlich die verschiedentlich überarbeitete Vorlage des Ausschusses der EWG-Zentralbankgouverneure in Verbindung mit den einschlägigen Rahmenbestimmungen des EWG-Vertrages. Dieser Entwurf bildete die Grundlage der laufenden Zusammenfassungen der jeweiligen Verhandlungsergebnisse in *einem* Text während der Amtszeit Luxemburgs im Vorsitz der Konferenz während der ersten Jahreshälfte 1991. Als Nachfolgerin im EG-Präsidium entwickelte die niederländische Regierung daraus im Gespräch mit den anderen Mitgliedsstaaten den Entwurf des Vertrages über die Europäische Wirtschafts- und Wahrungunion, den der Europäische Rat in Maastricht am 9./10. 12. 1991 mit der Maßgabe billigte, der Unterzeichnung Anfang Februar 1992 habe die rechtliche und sprachliche Überarbeitung sowie Harmonisierung der Texte vorauszugehen. Die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) und der Europäischen Zentralbank (EZB) in der Fassung der Vorlage des Ausschusses der EWG-Zentralbankgouverneure blieb zwar im wesentlichen unverändert. Unter der Federführung der Niederlande erfuhren jedoch Bestimmungen über den Übergang von der ersten zur zweiten Stufe der Wirtschafts- und Wahrungunion sowie von der zweiten zur dritten und abschließenden Stufe, ferner die Vorschriften über das Europäische Währungsinstitut einen unleugbaren Wandel. Er veranlaßt in Verbindung mit anderen Problempunkten zu kritischer Stellungnahme.

## **IV. Offene Fragen auf dem Wege zu einer Europäischen Wahrungunion**

1. Ob der Beginn der zweiten Phase der Wahrungunion, nach dem Beschluß des Europäischen Rates von Rom vom 27./28. 10. 1990 grundsätzlich am 1. 1. 1994, dem Eintritt bestimmter wirtschaftlicher und juristischer Vorbedingungen abhängt oder ob der 1. 1. 1994 einen von Vorbedingungen unabhängigen verbindlichen Termin darstellt,

war bis zur Jahresmitte 1991 offengeblieben. Mit der Billigung des niederländischen Entwurfs hat sich der Europäische Rat in Maastricht für die zweite Lösung entschieden, also für den Automatismus des Eintritts in die zweite Stufe. Zwar verpflichtet die einschlägige Bestimmung der Vorlage (Art. 109 e) die Mitgliedsstaaten, schon zuvor das Verbot monetärer Finanzierung der Haushalte zu beachten und solche Finanzierung abzubauen, soweit nationale Budget-Politik davon gekennzeichnet blieb, gesetzgeberische Initiativen zwecks Herbeiführung der Unabhängigkeit der mitgliedstaatlichen Zentralbanken zu ergreifen und sich dem Urteil des Rates über die Herbeiführung der Konvergenz im Wirtschafts- und Währungsbereich zu stellen. Eine Abhängigkeit zwischen der Verwirklichung bestimmter Maßstäbe für Gestaltung und Ergebnisse des mitgliedstaatlichen Verhaltens und dem Beginn der zweiten Stufe besteht jedoch nicht mehr, obwohl gerade die deutsche und die niederländische Regierung ursprünglich ihre Zustimmung zum Auftakt der zweiten Phase hiervon abhängig gemacht hatten.

2. Ein ähnlicher, wenn auch zeitlich abgeschwächter Automatismus scheint manchen Kommentatoren zufolge für den Beginn der dritten und letzten Stufe der Währungsunion zu gelten, über die zum 1. 1. 1997 befunden wird. Entgegen den ursprünglichen Vorstellungen gerade der deutschen Seite entscheidet der Europäische Rat hierüber spätestens am 31. 12. 1996 mit qualifizierter Mehrheit. Aber: „Ist bis Ende 1997 der Zeitpunkt für den Beginn der dritten Stufe nicht festgelegt worden, so beginnt die dritte Stufe am 1. 1. 1999“ (Art. 109 j Absatz 4). Nun *müssen* die Mitgliedsstaaten den Sprung in die Währungsunion wagen, die die Konvergenzanforderungen erfüllen, ohne daß es hierüber zu einem weiteren Beschluß der Finanzminister oder der Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat käme. Selbst wenn nur drei Länder den Anforderungen genügen, wie unter heutigen Bedingungen, hat die Endstufe zu beginnen. Sollte Deutschland mangels Konvergenzqualifikation fernzubleiben haben, so bildete das kein Hemmnis. „Das grenzt an absurdes Theater, da die ganze Veranstaltung nicht zuletzt der Entthronung der D-Mark dienen sollte“ (FAZ Nr. 288 vom 12. 12. 1991, S. 15). Die Zukunftsprognose dürfte freilich versöhnlicher ausfallen, weil nach derselben Bestimmung der Rat vor dem 1. 7. 1998 zwar mit qualifizierter Mehrheit feststellt, welche Mitgliedsstaaten die notwendigen Voraussetzungen für die Einführung einer einheitlichen Währung erfüllen, zu Beginn der dritten Stufe aber mit Einstimmigkeit der qualifikationstauglichen Mitglieder die genauen Konversionskurse festlegt, zu denen der Umtausch der bisherigen mitgliedstaatlichen Währungen in ECU stattfindet. Das bedeutet, daß jeder der betroffenen Staaten bei dem rekurrenten Anschluß an die neue europäische Einheitswährung ein Vetorecht hat, also nicht von den anderen EG-Mitgliedern überstimmt werden kann. Damit hängt der Beginn der Endstufe vom Eintritt mindestens einer wirtschaftlichen und juristischen Vorbedingung ab, über die der Rat nicht mehrheitlich, sondern einstimmig entscheidet.

3. Gerade auf Wunsch der Bundesbank hatte die deutsche Delegation bis in die zweite Jahreshälfte 1991 daran festgehalten, daß das ESZB im Sinne des Entwurfs des Ausschusses der Notenbankgouverneure nicht vor der dritten Phase tätig werde, weil die Mitgliedsstaaten erst mit dem Übergang zur Endstufe ihre Währungshoheit auf die Gemeinschaft übertragen, so daß die überkommenen Befugnisse der mitgliedstaatlichen

chen Notenbanken solange unberührt bleiben würden. Diesen Grundsatz gab der Europäische Rat in Maastricht zwar nicht auf. Die ubereinkunfte sehen aber nunmehr Errichtung und Tätigwerden des Europäischen Wahrungsinstituts (EWI) bei Beginn der zweiten Stufe vor (Art. 109f) und enthalten ein Protokoll über seine Satzung. Es soll u. a. die Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken der Mitgliedsstaaten sowie die Koordinierung der mitgliedstaatlichen Währungspolitik mit dem Ziel vertiefen, die Preisstabilität sicherzustellen, den Vollzug des Europäischen Währungssystems (EWS) überwachen, Konsultationen über Fragen der Bankenaufsicht, einer Zuständigkeit freilich nicht aller mitgliedstaatlichen Zentralbanken, betreiben, die Aufgaben des Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit nach dessen Auflösung übernehmen sowie die Verwendung der Europäischen Währungseinheit ECU erleichtern und zu diesem Zweck das reibungslose Funktionieren des Clearing-Systems für die private Verwendung der ECU gewährleisten. Zur Vorbereitung auf die dritte Stufe übertragen die Vereinbarungen von Maastricht dem EWI ebenfalls eine Reihe von Zuständigkeiten, die diesem schon in der zweiten Phase zunehmend wahrungspolitisches Gewicht verschaffen dürften, so die Entwicklung der Instrumente und Verfahren für die Verwirklichung der einheitlichen Währungspolitik in der dritten Stufe sowie die Festlegung der Infrastruktur, die das ESZB unter ordnungspolitischen, organisatorischen und logistischen Gesichtspunkten zur Durchführung seiner Aufgaben in der dritten Stufe braucht. In ihrer Gesamtheit ergeben die Bestimmungen über das EWI, daß es bereits vor der Endphase einen währungspolitischen Machtfaktor bilden wird, mit dem die Zentralbanken ungeachtet ihrer rechtlichen und funktionellen Selbständigkeit schon in der zweiten Stufe zu rechnen haben. Deshalb mag es sich an dieser Stelle rechtfertigen, auf eine Bestimmung des Vertragsentwurfs von Maastricht hinzuweisen, die vorsieht, daß für die Dauer der zweiten Stufe der Ausdruck „Europäische Zentralbank“ in verschiedenen Vorschriften das EWI bezeichnet (Art. 109f Absatz 9), das ausweislich seiner Satzung (Art. 16) eine eigene Finanzausstattung, nämlich Eigenkapital aus Einschussen der mitgliedstaatlichen Zentralbanken, empfangt. Läßt sich all das in der Tat als „akzeptable Lösung“ i. S. der Rede des Herrn Bundesbankprasidenten Schlesinger am 16. 12. 1991 in Paris verstehen?

4. Die ubereinkunfte von Maastricht sehen den zweistufigen Aufbau des ESZB vor, bei dem die nationalen Zentralbanken als rechtlich selbständige Institutionen bestehen bleiben und die EZB als zentrale Einrichtung hinzukommt. Freilich verlieren die mitgliedstaatlichen Zentralbanken ihre geldpolitische Zuständigkeit. Ob die einschlägigen Bestimmungen des Protokolls über die Satzung des ESZB und der EZB das Ausmaß dieses Verlustes hinreichend verdeutlichen, läßt sich anhand ihres Wortlauts eher bejahen. Da sie aber in traditionelle Geschäftsbereiche der nationalen Zentralbanken eingreift, mag sich erst anhand der währungspolitischen Praxis nach dem Beginn der dritten Stufe erweisen, ob sich schärfere Abgrenzungen der beiderseitigen Zuständigkeiten empfehlen, die der Rat der EZB anordnen kann (Art. 14.3 und 14.4 der EZB-Satzung).

5. Ausweislich der Texte von Maastricht hat sich in den Verhandlungen unzweideutig die Erhaltung der binnenwirtschaftlichen Preisstabilität als zentrales Ziel der Geldpoli-

tik des ESZB und der EZB durchgesetzt. Nur soweit das ohne Schmälerung dieses vorrangigen Ziels geschehen mag, darf das ESZB die allgemeine Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft unterstützen. Auch bekräftigen die Texte, daß die EZB entsprechend dem deutschen Leitbild unabhängig zu sein hat, weil sie andernfalls ihre zentrale Aufgabe der Erhaltung der Preisstabilität nicht eigenverantwortlich und damit wohl überhaupt nicht verfolgen könnte. Die institutionelle Unabhängigkeit der EZB und der nationalen Zentralbanken sowie der Mitglieder ihrer Beschlüßorgane wird grundsätzlich durch das Verbot von Weisungen seitens nationaler und supranationaler Gewaltenträger sowie die Weisungsentzogenheit der Adressaten solcher Instruktionen gewährleistet. Ferner trägt die lange Amtsdauer der Mitglieder des EZB-Direktoriums von acht Jahren und der Gouverneure der nationalen Zentralbanken von fünf Jahren dem Gesichtspunkt der personellen Unabhängigkeit Rechnung. Die funktionelle Unabhängigkeit wäre aber gefährdet, wenn die Kontrolle über die Geldschöpfung nicht ausschließlich bei der EZB läge. Es war der Wunsch der Bundesbank, daß die EZB unabhängig von politischen Instanzen über das Wechselkursregime innerhalb des ESZB sowie gegenüber Drittländwährungen befinden kann. Zwar ist die Möglichkeit der Einflußnahme von Kommission, Rat und Parlament der EG geringer als nach deutschem Recht, das Wechselkursentscheidungen der Bundesregierung vorbehält. Aber daß die politischen Instanzen der EG Einfluß nehmen mögen, stellt die einschlägige Regelung außer Zweifel (Art. 109), mag die Befugnis des Rates zur Fixierung einschlägiger „allgemeiner Orientierungen“ (Art. 109 Absatz 2) auch die verhaltene Billigung des Herrn Bundesbankpräsidenten gefunden haben.

6. Der Vorschlag finanziellen Beistandes für Mitgliedsstaaten in schwerwiegenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, deren sie allein nicht Herr werden, hat sich durchgesetzt (Art. 103 a, Absatz 2). Die einschlägige Vertragsbestimmung soll auf jeden Fall den strukturell schwächeren EG-Mitgliedern zugute kommen, läßt aber offen, ob sie auf eine bundesfinanzausgleichsähnliche Lösung oder auf Abhilfen von Fall zu Fall abzielt. Meinungsverschiedenheiten liegen angesichts der starken Inanspruchnahme sämtlicher öffentlicher Haushalte in der Bundesrepublik durch die deutsche Einigung auf der Hand. Das Institut des Bundesfinanzausgleichs in der hier üblichen Form läßt sich in keinem anderen Bundesstaat feststellen. Als Besonderheit des deutschen Bundesverfassungsrechts dürfte dem Bundesfinanzausgleich wegen seines Ausnahmecharakters rechtsvergleichend keine Vorbildfunktion zukommen. Jedoch sieht die maßgebliche Bestimmung des Vertrages nunmehr vor, daß Beschlüsse über solchen Beistand der Gemeinschaft einstimmig ergehen. Der Wunsch der Mitgliedstaaten, die mit solchen Ausgleichszahlungen rechnen, hat sich nur mit solcher Maßgabe durchgesetzt.

7. Die Forderung, daß die künftige europäische Währung ebenso stabil sei wie die stabilsten nationalen Währungen im EWS, hat im Protokoll über die Konvergenzkriterien Niederschlag gefunden. Danach hängt der Eintritt eines Mitgliedstaates in die Währungsunion davon ab, daß die Inflationsrate im Jahr vor der dritten Stufe nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte höher liegt als in den drei Mitgliedstaaten mit der ausgeprägtesten Preisstabilität, die Neuverschuldung nicht mehr als 3%, die Gesamtverschuldung nicht mehr als 60% des Bruttosozialprodukts ausmachen, die Zinsen aus-

weislich des durchschnittlichen Nominalzinses langfristiger Staatsanleihen im Jahr vor dem Beitritt um höchstens 2 Prozentpunkte jene der drei EG-Staaten mit der niedrigsten Inflation übersteigen, während sich die Währung des betreffenden Mitgliedsstaates ohne Abwertung gegenüber anderen EG-Währungen mindestens zwei Jahre lang im engen, 2,25%igen Band des EWS-Wechselkursmechanismus befand. Daß die Bundesrepublik gegenwärtig keineswegs allen vier Maßstäben des Textes genügt, steht außer Zweifel. Die Anhänger der Forderung, daß das künftige europäische Geld ebenso stabil sei wie die stabilsten nationalen Währungen im EWS können aber immerhin auf die demokratische Legitimität dieser Forderung hinweisen, entspricht sie doch weithin dem Mandat der Wähler an die betroffenen Regierungen als Herren der Verträge und damit auch einschlägiger Zielvorgaben.

Am Ende dieser Übersicht über wesentliche Ergebnisse des Bemühens um eine europäische Währungsunion sei das Angebot des Eingehens auf andere Punkte wiederholt. Es richtet sich insbesondere auf die Möglichkeit der abgestuften Integration, bei der einige Mitgliedsstaaten früher die EWU bilden und im ESZB mitwirken als andere, eine Hypothese, von der gar die Bundesrepublik betroffen sein mag. Daß sich dabei gerade juristische, insbesondere institutionelle Probleme als losungsbedurftig erweisen, erklärt sich durch die unterschiedlichen Rechte und Pflichten der verschiedenen Betroffenen. Die Beschlüsse des Europäischen Rates in Maastricht gehen auch darauf ein. Das sei hier lediglich erwähnt, soll der Aussprache aber nicht vorgreifen.

#### Literaturverzeichnis

*Hugo J. Hahn/Albrecht Weber*, Die OECD, 1976

*Hugo J. Hahn*, Aufwertung und Abwertung im Internationalen Recht, Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht, Heft 20, S. 1–85, 1979

*Hugo J. Hahn*, Währungsrecht, 1990

*Hugo J. Hahn*, From European Monetary Cooperation to European Monetary Integration – Legal Traits of a Regional Evolution –, Beitrag zum Bericht des Geldrechtsausschusses der International Law Association an die 65. I. L. A. Konferenz in Kairo, April 1992, S. 2–10

*Hugo J. Hahn*, The European Central Bank, Common Market Law Review, 28 (1991) S. 783–820

*Hugo J. Hahn/Johannes Siebelt*, Wahrungswesen, Handbuch des EG-Wirtschaftsrechts (im Druck) – erscheint im Spätjahr 1992

*Jacob J. Kaplan/Günther Schleiminger*, The European Payments Union, 1989